



Liebe Leserinnen und Leser,

nachdem die Regierungsarbeit in Berlin nun rasch an Fahrt aufnimmt und bereits die ersten Gesetzesvorhaben aus dem Koalitionsvertrag und Vorlagen aus den Ministerien an den Bundestag gegeben werden nähern ist parlamentarisch viel zu tun. So soll es sein. Und im Wahlkreis? Hier sind bereits die Vorböten der Kommunalwahl im nächsten Jahr zu spüren. In diesem Zusammenhang rückt natürlich auch der amtierende Oberbürgermeister mehr und mehr in den Fokus. Was konnte Fritz Kuhn in den mittlerweile sechs Jahren seiner Amtszeit bewegen? Ist es ihm gelungen, mit Hilfe der grün-rot-linken Mehrheit im Stuttgarter Gemeinderat neue Akzente zu setzen? Weit gefehlt: was sich bereits in den ersten Jahren der Amtszeit abgezeichnet hat, wurde auch in den letzten Jahren nicht besser: Fritz Kuhn fehlt es an Ideen, es fehlt ihm an einer Vision für der Stadt – und es fehlt ihm vor allem auch der Bezug zu Stuttgart. So herrscht allenthalben Enttäuschung – bis weit hinein in die Reihen der grünen Partei. Es ist ihm bisher nicht gelungen, eigene Akzente zu setzen oder die von ihm zur Chefsache gemachten Themen – Beispiel Wohnungsbau oder Stadt am Fluss – auch nur annähernd zu Erfolgen zu führen. Beim jüngst gescheiterten Interimsquartier für die Oper hat Kuhn ohne seriöse Kostenschätzung das ehemalige Paketpostamt gegen Bedenken durchgedrückt – und nun auf öffentlichen Druck hin beerdigt. Und jetzt kommt zum mangelnden Fortune auch noch fehlendes Gespür hinzu: es ist mehr als ungeschickt, sich für eine Sitzung des Gemeinderates am Nachmittag krank zu melden – um dann am Vormittag quicklebendig zum Geburtstagsempfang des grünen Ministerpräsidenten zu erscheinen und ein Grußwort zu sprechen. Hier setzt der Oberbürgermeister offensichtlich falsche Prioritäten. Wohin dies führen kann hat die Oberbürgermeisterwahl in Freiburg vor knapp drei Wochen eindrücklich gezeigt. Sollen also am Ende die Wählerinnen und Wähler 2020 entscheiden, ob dieser OB – so er überhaupt nochmal antreten wird – die Stadt für weitere acht Jahre regieren soll: regieren unter Wert. So viel steht jedenfalls fest. In diesem Sinne grüßt Sie herzlich

Erste Lesung des Regierungsentwurfs zum Haushalt mit Generaldebatte

Berlin – In der vergangenen Sitzungswoche fand die erste Lesung des Regierungsentwurfs zum Haushalt statt. Der Einzelplan des Bundeskanzleramts wird dabei traditionell zur Generalausprache weit über den Haushalt hinaus. Auch Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel nutzte die Debatte über den Haushalt zu einer generellen Darstellung ihrer Politik und streifte auch den Haushalt nur kurz. Der Haushalt 2018 und die mittelfristige Finanzplanung weisen „außerordentlich erfreuliche“ Daten auf. Im nächsten Jahr werde die Gesamtverschuldung unter 60 Prozent des Bruttoinlandsprodukts sinken und damit die Maastricht-Kriterien erfüllen. 2012 habe sie noch bei knapp 80 Prozent gelegen. „Dass wir das schaffen, ist nichts anderes als Generationengerechtigkeit pur“, sagte Merkel. In der Europapolitik will die Kanzlerin den Euro-Rettungsfonds ESM zu einem Europäischen Währungsfonds ausbauen. Die Eurozone müsse gestärkt und krisenfest gemacht werden. Merkel bekannte sich in ihrer Rede auch klar zum Automobilstandort Deutschland. Eine Schwächung deutscher Autofirmen will die Kanzlerin verhindern. So sei der Aufwand für die technische Umrüstung von Dieselmotoren sehr hoch. Es dürfe aber nicht sein, dass die Autoindustrie durch politische Maßnahmen so geschwächt werde, „dass sie keine Kraft mehr hat, in die eigentlichen Zukunftsinvestitionen etwas hineinzustecken“. Die Bundeskanzlerin bekannte sich klar zu höheren Mitteln für die Bundeswehr. Es gehe „nicht um Aufrüstung, sondern es geht ganz einfach um Ausrüstung“. Ausführlich ging die Bundeskanzlerin auf internationale Entwicklungen ein wie die Kündigung des Atomabkommens mit dem Iran durch die USA. Diesen Schritt von Donald Trump hält die Kanzlerin für falsch. Die Kanzlerin bekannte sich zur Verantwortung für die europäische Nachbarschaft und nannte besonders Syrien und Afrika. Zugleich sprach sie sich für die Regelung und Steuerung der Migration aus. Auf die Kritik aus der SPD an den im Koalitionsvertrag beschlossenen Ankerzentren, aus denen abgelehnte Asylbewerber nach kurzem Verfahren abgeschoben werden sollen, reagierte sie mit dem Hinweis: „Ich finde, jetzt sollten wir auch alle dazu stehen.“

Schwer zu ertragen war hingegen die Rede von Oppositionsführerin Alice Weidel (AfD). Für die Aussage „Burkas, Kopftuchmädchen und alimentierte Messermänner und sonstige Taugenichtse werden unseren Wohlstand, das

Wirtschaftswachstum und vor allem den Sozialstaat nicht sichern“ bekam die AfD Abgeordnete von Bundestagspräsident Dr. Wolfgang Schäuble zu Recht einen Ordnungsruf. Weidel diskriminiere alle Frauen, die ein Kopftuch tragen würden, sagte Schäuble. Volker Kauder, der Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion ging auf die „Kopftuchmädchen“-Äußerung von Alice Weidel ein: Wie die AfD-Politikerin über andere Menschen gesprochen habe, habe nichts mit einem christlichen Menschenbild zu tun. „Was Sie heute gemacht haben, ist das glatte Gegenteil davon, und dafür sollten Sie sich schämen“, so Kauder. Ich danke Volker Kauder für diese klaren Worte!

Insgesamt entwickelt sich der Haushalt positiv. Wir haben dabei die neue Steuerschätzung berücksichtigt, wonach die Ausgabenspielräume des Bundes bis 2022 noch einmal um insgesamt 10,8 Milliarden Euro auf 56,8 Milliarden Euro ansteigen werden. Da diese Schätzung bei Kabinettsbeschluss noch nicht vorlag, können und werden wir in unseren parlamentarischen Beratungen die Verwendung dieser Mittel nach klaren Prioritäten vornehmen: Abbau der kalten Progression, Investitionen in Digitalisierung sowie Aufwuchs der Mittel für die Bundeswehr und Entwicklungshilfe. Die erfreuliche Haushaltsentwicklung darf aber nicht über die Risiken hinwegtäuschen – gerade auch in Form handelspolitisch bedingter Wachstumseinbußen. Es ist eine lange Strecke bis 2021. Wir werden daher zu Beginn dieser Wahlperiode nicht zu viele finanzrelevante Maßnahmen auf einmal beschließen können. Unsere neugewonnenen Gestaltungsmöglichkeiten werden wir sorgfältig prüfen und abwägen. Solide Finanzpolitik ist für uns eine Frage der Generationengerechtigkeit und des Wirtschaftswachstums. Das Budget in meinem Bereich Bildung und Forschung steigt im Regierungsentwurf 2018 gegenüber den Ist-Ausgaben von 2017 um 336 Mio. Euro auf insgesamt 17,586 Mrd. Euro an. Gegenüber dem ersten Regierungsentwurf sind 25 Mio. Euro zusätzlich für den Bereich Forschung und Entwicklung vorgesehen. Die Ausgaben für die Deutsche Forschungsgemeinschaft, die Max-Planck-Gesellschaft, die Mitgliedereinrichtungen der Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz, die Fraunhofer-Gesellschaft und die Zentren der Helmholtz-Gemeinschaft wurden gegenüber dem Vorjahr erneut um 3 Prozent erhöht.

Jetzt bewerben bei der Begabtenförderung der Konrad- Adenauer-Stiftung

Abiturienten und junge Studierende aufgepasst. Am 15. Juli ist Bewerbungsschluss für die Studienförderung der Konrad-Adenauer-Stiftung. Die Konrad-Adenauer-Stiftung fördert annähernd 3.500 junge Menschen aus Deutschland und zahlreichen weiteren Ländern:

- während ihres Studiums
- während ihrer Promotion
- begleitend zu ihrem Studium mit einer journalistischen Nachwuchsförderung.

Kriterien für die Auswahl sind:

- Persönlichkeit
- gesellschaftliches oder politisches Engagement
- Nähe zu den christlich-demokratischen Werten
- sowie sehr gute fachliche Leistungen und Allgemeinbildung.

Die Stipendiaten im Studium erwartet ein Stipendium von bis zu 649 Euro (elternabhängig) plus 300 Euro Studienkostenpauschale (elternunabhängig), zudem die ideelle Förderung durch Seminare und Hochschulgruppen sowie die Begleitung durch unsere Referenten, nicht zu vergessen das Netzwerk der Altstipendiaten. Bei einer Vielzahl von qualifizierten Bewerbern und den vorhandenen Mitteln kann die Stiftung eine Aufnahmequote von einem Fünftel realisieren.

Nähere Informationen erhalten Sie [hier](#).



EU-Projekttag in der Birken-Realschule in Stuttgart-Heumaden

Stuttgart – Im Rahmen des diesjährigen EU-Projekttag habe ich die Jahrgangsstufe 9 der Birken-Realschule in Stuttgart-Heumaden besucht. Die Schülerinnen und Schüler hatten sehr viele und sehr gute Fragen – weit über Europa hinaus. Ich komme gerne wieder!



Parlamentarisches Frühstück zur Innovationsförderung

Berlin – „Können wir bei der Innovationsförderung von der Schweiz lernen?“ – dieser Frage gingen wir vergangene Woche bei einem gemeinsam mit dem FDP-Kollegen Thomas Sattelberger veranstalteten Frühstück nach. Professor Hans-Henning von Grünberg, Vorsitzender der Hochschulallianz für den Mittelstand, und Andreas Reuter, Mitglied der Geschäftsleitung von Innosuisse – Schweizerische Agentur für Innovationsförderung, stellten in ihren Eingangsstatements ihre Ansätze für eine insbesondere auf den Mittelstand fokussierte Innovationsförderung vor. Dabei wurden zwei Dinge deutlich: Wir brauchen

eine stärkere Vernetzung von kleinen und mittleren Unternehmen mit den Hochschulen in ihrer Region, um mehr Forschungsergebnisse in die Anwendung zu bringen. Und das Beispiel Schweiz zeigt, dass wir angesichts der spezifischen Herausforderungen des Transfers von der Grundlagenforschung in Innovationen in Wirtschaft und Gesellschaft auch in Deutschland neue Wege gehen müssen. Wir sollten zügig eine eigenständige und von Ministerialbürokratien unabhängige Agentur für Innovationen auf den Weg bringen, die sich der Themen Disruption und Transfer von Wissen und Technologien annimmt.



Hohenheimer Schloßgespräch mit Prof. Dr. Dr. Dietmar Harhoff

Stuttgart – In der von mir und dem Rektor der Universität Hohenheim, Prof. Dr. Stephan Dabbert, veranstalteten Reihe „Hohenheimer Schlossgespräche zur Wissenschafts- und Forschungspolitik“ war der Vorsitzende der Expertenkommission Forschung und Innovation der Bundesregierung (EFI), Prof. Dr. Dr. Dietmar Harhoff, im Balkonsaal der Universität Hohenheim zu Gast. Es gab viel Lob für die deutsche Forschungs- und Innovationspolitik im letzten Jahrzehnt, aber auch Mahnung zu mehr Geschwindigkeit bei der Digitalisierung, der Erforschung der Künstlichen Intelligenz oder der Einführung der steuerlichen Forschungsförderung.



Besuch im Museum für Naturkunde in Berlin

Berlin – Bei meinem Besuch im Museum für Naturkunde Berlin ging es um das für mich als Forschungspolitiker besonders wichtige Thema der Wissenschaftskommunikation. Das Museum für Naturkunde, das auch Leibniz-Institut für Evolutions- und Biodiversitätsforschung ist, bietet dafür geradezu ideale Voraussetzungen. Beim Rundgang durch das historische und weitläufige Gebäude mitten im Herzen Berlins erläuterte mir Generaldirektor Prof. Johannes Vogel (2. v. r. im Bild) den Auftrag des Naturkundemuseums sowie die besonderen Herausforderungen, vor denen diese weltweit bedeutsame Forschungseinrichtung steht. Wirklich beeindruckend, was der Generaldirektor in den vergangenen Jahren gemeinsam mit seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern erreicht hat. Ein Besuch des Museums lohnt sich!



Auszubildende zu Gast im Bundestag

Berlin – Vergangene Woche waren Auszubildende für die – leider noch nicht staatlich anerkannten - Berufe OTA (operationstechnische Assistenten/in) und ATA (anästhesietechnische Assistenten/in) bei mir zu Gast im Bundestag. Ich habe gerne zugesagt, mich für eine Anerkennung dieser wichtigen Ausbildungen einzusetzen. Auch sonst hatten wir ein sehr munteres Gespräch.



Praktikant Daniel Eggart im Stuttgarter und Berliner Büro

Berlin / Stuttgart – Die letzten drei Wochen unterstützte mich Daniel Eggart tatkräftig in meinem Stuttgarter sowie Berliner Büro. Der 25-jährige Chemiestudent aus Karlsruhe durfte hinter die Kulissen des Bundestages blicken und Politik hautnah erleben: Nebst Ausschusssitzungen und Plenardebatten standen diplomatische Treffen, eine Diskussion im Kanzleramt und etliche Unternehmensbesichtigungen auf der Tagesordnung. Seine Praktikumszeit fiel in die heiße Phase der Bildungspolitik, in der der Koalitionsvertrag mit Leben gefüllt wird und daher viele inhaltliche Aufarbeitungen für Arbeitsgruppen und Podiumsdiskussionen anstanden. Ich danke Daniel für seine herausragende Arbeit der letzten Wochen und wünsche ihm für den Promotionsstart sowie für die Zukunft alles Gute!



Treffen der Wilden 13 zum Dritten Geschlecht

Berlin – Die dringend erforderliche Novellierung des Transsexuellengesetzes und die Umsetzung des Bundesverfassungsgerichtsurteils zum Dritten Geschlecht als Personenstandsmerkmal für intersexuelle Menschen waren am Freitag die Hauptthemen unseres Treffens der „Wilden Dreizehn“ im Bundestag. Zu Gast hatten wir Vertreter*innen des Vereins Intersexuelle Menschen e.V. und der Bundesvereinigung trans*, die uns mit ihrer Expertise dabei geholfen haben, die spezifischen Interessen der betroffenen Menschen besser zu verstehen. Eine wirklich sehr erhellende Diskussion, die gerade für die Rechts- und Innenpolitiker meiner Fraktion hilfreich sein könnte, um im Gesetzgebungsprozess zu einer guten Lösung zu kommen. Herzlichen Dank für das fachlich fundierte Gespräch!



Auslandsdienstreise nach Amman

Amman – Über das verlängerte Himmelfahrtswochenende bin ich auf Einladung des DAAD zu Gast in Amman (Jordanien) gewesen, um an einem Alumni-Treffen von Stipendiaten des DAAD und der Alexander von Humboldt-Stiftung aus der gesamten Region Mittlerer Osten teilzunehmen. Thema der Konferenz war die Frage, was Hochschulkooperationen und wissenschaftliche Zusammenarbeit zur Lösung der Herausforderungen in der Region beitragen können.



Fachgespräch zum Thema Künstliche Intelligenz

Berlin – Am 17. Mai 2018 nahm ich an einem Fachgespräch zum Thema Künstliche Intelligenz (KI) teil, das mein Kollege Andreas Steier als zuständiger Berichterstatter initiiert hatte. KI ist eines der Megathemen in der Innovationspolitik – in Deutschland, wie auf europäischer Ebene und im weltweiten Wettbewerb. Während bei der KI-Forschung zu den führenden Nationen zählen, gelingt es uns leider immer weniger, diese Forschungsergebnisse in die Wertschöpfung zu transferieren. In der Diskussion wurde deutlich, dass die Entwicklung der KI-Technologien eine besonders große Abhängigkeit von datenschutzrechtlichen Regelungen hat und es hier auch von Politik und Gesellschaft ein Umdenken – weg vom Schutz der Daten hin zum Schutz der Menschen braucht. Die große Abhängigkeit von Daten für die Verwertbarkeit von KI ist für unser kleinteiliges und durch einen starken Mittelstand geprägtes Wirtschaftssystem ein großer Wettbewerbsnachteil für den Standort Deutschland. Eine Lösung könnte es sein, für kleine und mittlere Unternehmen Netzwerklösungen zu entwickeln – beispielsweise eine Plattform für die Auftragsforschung mit einem großen Datenpool. Und wir brauchen mehr Fachwissen über mögliche Geschäftsmodelle im Bereich KI sowie insgesamt in der Gesellschaft mehr Vertrauen und Akzeptanz in KI-Technologien.

Hinweis zum Datenschutz

Wenn Sie den Brief aus Berlin nicht mehr erhalten möchten, können Sie diesen mit einer kurzen E-Mail an stefan.kaufmann.wk@bundestag.de abbestellen. Ihre E-Mail-adresse wird dann aus dem Verteiler gelöscht.